



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2025

Bildungs- und Kulturdirektion BKD

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen sowie Auflagen

Datum RR-Sitzung:	7. Januar 2026
Geschäftsnummer:	2025.STA.707
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung3

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung3

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung4

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge5

5. Planungserklärungen8

6. Auflagen Kreditgeschäfte9

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2025 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
106-2019 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 20.03.2019 Kein Demozwang an Volksschulen – politische Neutralität der Schule wieder durchsetzen!	28.11.2019 Annahme	31.12.2023	Im Zusammenhang mit zwei Vorkommnissen (Schule Frutigen und Schule Schliern bei Köniz) anlässlich der Klima-Demonstrationen im Jahr 2019 wurde der Regierungsrat beauftragt, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, damit die politische Neutralität der Volksschule wieder vollumfänglich gewährleistet sei, insbesondere keine Schülerin oder kein Schüler im Rahmen des obligatorischen Unterrichts zur Teilnahme an einer politischen Kundgebung gezwungen werde und keine politische Propaganda in Schulräumlichkeiten aufgehängt werde. Die Schulleitungen verantworten die Personalführung, die pädagogische Leitung sowie die Qualitätsentwicklung und -evaluation ihrer Schule. Dazu gehört auch die Sicherstellung, dass die gesetzliche Neutralität der Schule gewahrt wird. Aus den Controllinggesprächen der Schulinspektorate in den Jahren 2020 bis 2025 bestehen keine Hinweise, die an der sorgfältigen Ausübung dieser Aufgabe durch die Schulleitungen zweifeln lassen. Sollte das Thema politische Neutralität in den Berner Volksschulen wieder Thema werden, so hat das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung eine entsprechende Information an die Gemeinden vorbereitet. Diese Information soll aber nicht ohne einen aktuellen Anlass gestreut werden. Sie soll zu einem Zeitpunkt erfolgen, an welchem die Information die gewünschte Aufmerksamkeit erreicht.
104-2023 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 02.06.2023 Sprachaustausch zwischen deutsch- und französischsprachigen Schulen stärken	13.03.2024 Annahme	31.12.2026	Das Büro für Sprachaustausch des Amts für Kindergarten, Volksschule und Beratung hat die Kommunikation und die Veranstaltungen zur Sichtbarmachung der Austauschaktivitäten verstärkt und sie weiter diversifiziert (Newsletter; Social Media; Pressemitteilungen; Teilnahme am Berner Bildungstag in Biel; Organisation eines Jubiläums zum 10-jährigen Bestehen des Programms <i>Deux Im Schnee</i> ; Teilnahme am Tag der Zweisprachigkeit im Grossen Rat im Jahr 2025; Ausstellung über den Austausch an der PHBern anlässlich der nationalen Austauschwoche). Das Büro für Sprachaustausch hat die Zusammenarbeit mit den Schulen, den Pädagogischen Hochschulen (PH) sowie weiteren Partnern intensiviert (zwei Präsentationen der Austauschprogramme für die Studierenden der PHBern pro Jahr; Auftrag an die pädagogischen Hochschulen von Bern und Wallis, eine Weiterbildung für Austauschverantwortliche in Schulen, die am Austauschprogramm <i>Deux langues - ein Ziel</i> teilnehmen, durchzuführen; vermehrte Treffen und direkte Kontakte mit den Schulen; Teilnahme am Treffen der Direktionen der Sekundarschulen des Berner Jura im Jahr 2025; zweijährliche Treffen mit Hauptstadregion Schweiz; die Zusammenarbeit mit dem Forum für Zweisprachigkeit wurde intensiviert für die nationale Austauschwoche und für ein Treffen mit den Lehrpersonen aus dem Berner Jura; zusätzlich haben regelmässige Treffen mit den Partnerkantonen stattgefunden). Um bestimmte Austauschformen zu optimieren, hat sich das Büro für Sprachaustausch in nationale Arbeitsgruppen eingebracht. Es wurden neue Projekte geschaffen: ein Pilotprojekt für Lehrpersonenaustausch <i>Immersion Autrement</i> und das Projekt <i>Premiers pas - los!</i> mit dem Ziel eines virtuellen Austauschs zwischen Primarklassen, gefolgt von einem oder mehreren Treffen in der Schule oder an einem dritten Ort. Schliesslich beteiligt sich das Büro für Sprachaustausch aktiv an der von Movetia ins Leben gerufenen nationalen Austauschwoche, indem es innovative Projekte organisiert (zum Beispiel zweisprachige Museumsbesuche, zweisprachige Theateraufführung und eine Ausstellung über den Austausch an der PHBern). Der Sprachaustausch ist und bleibt ein wichtiges Anliegen des zweisprachigen Kantons Bern. Die Anliegen der Motion werden daher als dauernde Aufgabe wahrgenommen.

196-2023 P	Widmer (Bern, GRÜNE) vom 05.09.2023 Unterricht und Hitzetage: Der Kanton muss und soll Verantwortung übernehmen und (s)eine Strategie aufzeigen	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	In der Ausgabe 2.25 des amtlichen Schulblattes des Kantons Bern (EDUCATION) hat der Kanton alle wichtigen Informationen zum Thema Hitze und Hitzeaktionsplan verteilt und hilfreiche Tipps für Lehrpersonen weitergegeben. Zusätzlich wurde im Newsletter vom Juni 2025 des Amts für Kindergarten, Volksschule und Beratung, der an alle Schulen im Kanton Bern geht, das Merkblatt «Hitzeschutz an heissen Tagen» verteilt.
107-2024 M	SVP (Müller, Orvin) vom 03.06.2024 Demokratischen Austausch fördern – Ausgrenzung unterbinden	10.09.2024 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme Ziffer 3: Annahme	31.12.2026	Im Zusammenhang mit Vorkommnissen an der Universität und an Berner Gymnasien im Jahr 2024 wurde der Regierungsrat beauftragt, dafür zu sorgen, dass die politische Neutralität der Bildungseinrichtungen jederzeit gewährleistet sei, sowie dem politisch neutralen Staatskundeunterricht die im Rahmen der Motion 106-2019 versprochene Bedeutung zugemessen werde. Die Schulleitungen verantworten die Personalführung, die pädagogische Leitung sowie die Qualitätsentwicklung und -evaluation ihrer Schule. Dazu gehört auch die Sicherstellung, dass die gesetzliche Neutralität der Schule gewahrt wird. Aus den Controllinggesprächen der Schulinspektorate in den Jahren 2020 bis 2025 bestehen keine Hinweise, die an der sorgfältigen Ausübung dieser Aufgabe durch die Schulleitungen zweifeln lassen. Sollte das Thema politische Neutralität in den Berner Volksschulen wieder Thema werden, so hat das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung eine entsprechende Information an die Gemeinden vorbereitet. Diese Information soll aber nicht ohne einen aktuellen Anlass gestreut werden. Sie soll zu einem Zeitpunkt erfolgen, an welchem die Information die gewünschte Aufmerksamkeit erreicht.
239-2024 M	Günthör (Erlach, SVP) vom 25.11.2024 Beibehaltung der Schlussprüfung im allgemeinbildenden Unterricht (ABU)	11.03.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Mit Erlass der eidgenössischen Verordnung des SBF vom 09.04.2025 über Mindestvorschriften für die Allgemeinbildung in der beruflichen Grundbildung hat der Bund entschieden, die Schlussprüfung beizubehalten.

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2
165-2022 M	FDP (Arn, Muri b. Bern) vom 05.09.2022 Durchlässigkeit im VSG anpassen	14.06.2023 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Möglichkeiten der Umsetzung der Anliegen werden bei der nächsten Revision des Volksschulgesetzes geprüft werden. Eine solche ist aktuell noch nicht geplant.	F2
190-2022 P	Die Mitte (Bichsel, Merligen) vom 12.09.2022 Kontinuität und Planbarkeit im Lehrerberuf verbessern	08.03.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 3: Annahme Ziffer 4: Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung und Umsetzung der Anliegen wurden aufgenommen, sind aber noch nicht abgeschlossen.	F2
232-2022 M	Pichard (Biel/Bienne, GLP) vom 28.11.2022 Stufenabzug für Gymnasiallehrer, die an der Sek. I arbeiten, abschaffen	08.03.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2025	Es wird geprüft, ob für Gymnasiallehrpersonen ein Nachqualifizierungsangebot aufgebaut werden soll, wie dies auch für Lehrpersonen mit einer seminaristischen Ausbildung geprüft wird.	F2
264-2022 M	Gasser (Ostermundigen, GLP) vom 05.12.2022 Schulsozialarbeit im Kanton Bern stärken und die Möglichkeiten des Volksschulgesetzes zur Entlastung der Kinder- und Jugendpsychiatrie besser nutzen!	14.06.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme als Postulat	31.12.2025	Mit Ziffer 1 der Richtlinienmotion wurde der Regierungsrat beauftragt, zusätzliche Anreize für die Gemeinden zu schaffen, um die Zugangsrate der Schülerinnen und Schüler zur Schulsozialarbeit zu erhöhen. Die Gesamtanalyse des Zugangs hat ergeben, dass heute 92 Prozent aller Schülerinnen und Schüler der Regelschule im Kanton Bern Zugang zur Schulsozialarbeit haben. Der Regierungsrat erachtet diese Zugangsrate als sehr hoch und freut sich über die hohe Akzeptanz der wichtigen Aufgabe. Die Zugangsrate dokumentiert, dass die Gemeinden ihre Verantwortung in hohem Mass wahrnehmen. Die Zugangsrate könnte wohl nur durch ein gesetzlich vorgeschriebenes Obligatorium, nicht aber durch Anreize allein, noch einmal gesteigert werden. Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) ist im Gespräch mit dem Verband Bernischer Gemeinden (VBG)	F2

				und dem Verein Berner Schulsozialarbeit über weitere Schritte zur Stärkung der Schulsozialarbeit. Mit Ziffer 2 wurde der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, ob der kantonale Beitrag pro Schülerin oder Schüler mit direktem Zugang zur Schulsozialarbeit und die maximale Kostenbeteiligung des Kantons zu erhöhen wäre. Angesichts der kantonsweit gut verankerten Schulsozialarbeit scheint eine Erhöhung der kantonalen Kostenbeteiligung nicht zwingend. Eine Anhebung des Kantonsbeitrags an die Schulsozialarbeit wird vom Verband Bernischer Gemeinden (VBG) abgelehnt, sofern die Mehrkosten wie üblich der Gesamtheit der Gemeinden aufgrund einer neuen Aufgabenteilung (Art. 29b FILAG) verrechnet werden. Die BKD wird mit dem VBG prüfen, welche anderweitigen Finanzierungsmöglichkeiten bestehen.	
266-2022 P	Widmer (Bern, Grüne) vom 05.12.2022 Gemeinsame Basis für Infrastruktur und Ausrichtung der Schulinformatik im Kanton Bern	15.06.2023 Punktweise beschlossen Ziffer 1: Annahme	31.12.2025	Die Prüfungsarbeiten, ob und wie für die Schulinformatik der Volksschule im Kanton eine gemeinsame Grundausstattung und eine Lern-, Arbeits- und Kommunikationsplattform für alle Gemeinden geschaffen werden können, wurden gestartet. Es ist geplant, die Empfehlungen des Kantons und sein Angebot im Bereich Schulinformatik zu aktualisieren und aktuelle Entwicklungen aufzunehmen (z.B. Anpassung der Website «Digitalisierung in der Bildung»).	F2
190-2023 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 04.09.2023 Anrechenbarkeit der Berufserfahrung von Lehrpersonen verbessern	06.12.2023 Annahme	31.12.2025	Die Arbeiten zur Prüfung und Umsetzung der Anliegen wurden aufgenommen, sind aber noch nicht abgeschlossen.	F2

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung	
257-2018 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 19.11.2018 Für nachhaltigere, günstigere und ökologischere Lehrmittel an der Volksschule	11.09.2019 Punktweise beschlossen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2: Annahme Ziffer 4: Annahme	31.12.2023	Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat im Rahmen der Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2024 beantragt, den Vorstoss aufgrund der bislang erfolglosen Verkaufsbemühungen (Anliegen Ziffer 4) abzuschreiben. Der Grosse Rat ist diesem Antrag in der Frühlingssession 2025 nicht gefolgt und hat die Motion aufrechterhalten. Weitere Optionen zur Umsetzung des Anliegens befinden sich in Prüfung.	
210-2020 M	Bachmann (Nidau, SP) vom 31.08.2020 Revision des Volksschulgesetzes	18.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2025	Die Möglichkeit der Umsetzung des Anliegens wird bei der nächsten Revision des Volksschulgesetzes geprüft werden. Eine solche ist aktuell noch nicht geplant.	
074-2022 M	Gimmel (Thun, SVP) vom 16.03.2022 MEM-Bildungszentrum 4.0 in Thun	29.11.2022 Annahme als Postulat	31.12.2026	Die Berufsreform FUTUREMEM wurde von den Verbänden um ein Jahr verschoben, von 2025 auf 2026. Geplant ist der Start der Ausbildung gemäss den neuen eidgenössischen Bildungsverordnungen auf Sommer 2026. Die Reform ist grundsätzlicher Natur und beinhaltet neue Lernfelder und Wahloptionen. Die Auswirkungen auf die Entwicklung der Lehrverträge und damit der Berufsschulorganisation dieser Berufe sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht konkret abschätzbar. Zum Zeitpunkt Ende 2025 wurden erst wenige Lehrverträge abgeschlossen. Es ist zielführend, die notwendigen Entscheidungen zu einem allfälligen Ausbau des Berufsbildungszentrums IDM im Bereich MEM erst nach dem Ausbildungsstart gemäss neuer Bildungsverordnung zu treffen.	
166-2022 M	FDP (Kohler, Spiegel) vom 05.09.2022 Stopp dem Lehrermangel! – Die Arbeitsbedingungen müssen mit griffigen Massnahmen und einem Umdenken der pädagogischen Konzepte rasch verbessert werden	29.11.2022 Annahme	31.12.2026	Mit dem erweiterten Einsatz von Klassenhilfen und mit der Erhöhung der Ressourcen für Schulleitungen und für Klassenlehrkräfte konnte ein wesentlicher Beitrag geleistet werden, dass Lehrpersonen sich vermehrt auf ihre pädagogischen Kernaufgaben konzentrieren können. Eine Untersuchung zum administrativen Aufwand von Lehrpersonen soll Grundlagen liefern für allfällige weitere Massnahmen.	

303-2022 M	Pichard (Biel/Bienne, GLP) vom 08.12.2022 Bildungsstrategie für erste andere Landessprache evidenzbasiert überprüfen und neu formulieren	12.03.2024 Punktweise beschlos- sen Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme	31.12.2026	Die gewünschte Analyse wird erarbeitet.
082-2023 M	Stucki (Stettlen, GLP) vom 15.03.2023 Prävention von sexueller Ausbeutung und Diskriminierung dank Aufklärung	13.03.2024 Punktweise beschlos- sen Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2026	Zum Anliegen gemäss Ziffer 2: Die Veröffentlichung der Konzepte zur Sexualpädagogik resp. zum sexualkundlichen Unterricht ist für das Jahr 2026 vorgesehen. Zum Anliegen gemäss Ziffer 3: Die Finanzierung der Gruppengespräche und der Ausbau weiterer Angebote der Berner Gesundheit wurden vorgenommen.
237-2023 P	Widmer (Bern, GRÜNE) vom 27.11.2023 Klassenhilfen Sicherheit und Stabilität bieten: Krankheit und Unfall absichern	12.03.2024 Annahme	31.12.2026	2025 wurde eine Bestandesaufnahme der aktuellen Umsetzung des Klassenhilfen-Einsatzes an den Schulen vorgenommen. Die Resultate dienen als Grundlage, einen allfälligen Handlungsbedarf zu bestimmen und gegebenenfalls Anpassungen einzuleiten.
243-2023 M	Reinhard (Thun, FDP) vom 29.11.2023 Befremdlichen Haltungen in Kultur- und Bildungseinrichtungen entgegenwirken	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	Die Anliegen werden sukzessive im Rahmen der Erneuerung der Leistungsverträge mit den Kulturinstitutionen von nationaler und regionaler Bedeutung umgesetzt.
244-2023 M	Schild (Bern, GLP) vom 30.11.2023 Berufliches Fortkommen auch im fortgeschrittenen Alter ermöglichen	11.06.2024 Punktweise beschlos- sen Ziffer 1: Annahme Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2026	Die entsprechende Änderung des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge wird erarbeitet.
253-2023 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 05.12.2023 Standbericht zu Integration, Inklusion und Heterogenität an der Volksschule des Kantons Bern	11.06.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Der gewünschte Bericht wird erarbeitet.
257-2023 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 06.12.2023 Finanzierung der Hochschulen auf objektive Kriterien abstützen	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	Die Erarbeitung des gewünschten Berichts steht vor dem Abschluss, er wird dem Grossen Rat 2026 vorgelegt werden.
254-2023 M	Säid (Biel/Bienne, SP) vom 06.12.2023 Ausbildungsbeiträge für vorläufig Aufgenommene	11.06.2024 Annahme	31.12.2026	Die entsprechende Änderung des Gesetzes über die Ausbildungsbeiträge wird erarbeitet.
022-2024 M	Berger-Sturm (Grosshöchstetten, SP) vom 04.03.2024 Chance auf Berufsbildung für alle Jugendlichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus	11.06.2024 Annahme als Postulat	31.12.2026	Der Spielraum, den das eidgenössische Recht und das Völkerrecht lassen, wurde geprüft. Ausserhalb der schulischen Bildung besteht für den Kanton keine Möglichkeit, Ausbildungsangebote zu schaffen. Zusätzliche Angebote innerhalb des bestehenden Spielraums werden aktuell noch geprüft.
052-2024 P	Pauli (Nidau, FDP) vom 11.03.2024 Politik lernt man in der Schule!	28.11.2024 Annahme	31.12.2026	Das Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung ist dabei, die bestehenden Materialien zu diesen Themen zusammenzustellen, weitere Unterlagen zu erarbeiten und die Informationen sukzessive als Umsetzungshilfe der Lehrpläne digital zur Verfügung zu stellen (Fächernet Volksschule). Auch wird exemplarisch aufgezeigt, wie diese Themen noch vermehrt in den Unterricht einfließen können.
138-2024 M	Pichard (Biel/Bienne, GLP) vom 07.06.2024 Wildwuchs bei Nachteilsausgleichen an der Sekundarstufe II stoppen	11.03.2025 Annahme	31.12.2027	Erste Abklärungen mit den verschiedenen involvierten Akteuren haben stattgefunden. Weitere sind geplant. Basierend auf den Ergebnissen dieser Abklärungen sollen die weiteren Schritte festgelegt werden.
158-2024 M	Ali-Oesch (Thun, SP) vom 12.06.2024 Schule der Zukunft: Evaluation und Aktualisierung der kantonalen Bildungsstrategie von 2016	11.03.2025 Annahme	31.12.2027	Die Bildungs- und Kulturdirektion erarbeitet aktuell die Grundlagen für ein Projekt zur Aktualisierung der Bildungsstrategie 2016 mit dem Ziel, dem Grossen Rat in der nächsten Legislatur eine aktualisierte Bildungsstrategie vorzulegen.
208-2024 P	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 09.09.2024 Bürokratie an Berner Schulen eindämmen	11.09.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Die gewünschte Untersuchung wird erarbeitet.
218-2024 M	Schindler (Bern, SP) vom 11.09.2024 Lehrerseminar: 20 Jahre Vorstufenabzug sind genug	10.09.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Die Prüfung eines Nachqualifikationsangebots für die Lehrkräfte mit einem Seminarabschluss wurde aufgenommen.
237-2024 M	Jakob (Steffisburg, SVP) vom 25.11.2024 Zukünftige Zuteilung der Ressourcen im besonderen Volksschulangebot (bVSA sep./bVSA int.) und in der Regelschule (erweiterte Unterstützung eU)	11.09.2025 Annahme	31.12.2027	Eine mittelfristige Angebotsplanung für das besondere Volksschulangebot (verstärkte sonderpädagogische Massnahmen) wurde erstellt, ergänzt durch die Identifikation von Nahtstellen zu den einfachen sonderpädagogischen Massnahmen, um die Tragfähigkeit des Gesamtsystems zu stärken und um eine noch bessere Steuerung zu gewährleisten.

238-2024 M	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP) vom 25.11.2024 Verbesserte Zulassungsbedingungen fürs Studium der Veterinärmedizin zur Stärkung der medizinischen Versorgung im Nutztierbereich	10.09.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Es ist geplant, gemeinsam mit der Universität Bern und über den Vetsuisse-Rat mit dem Kanton Zürich Vorschläge für Ergänzungen des Eignungstests für die Zuweisung von Studienplätzen in Veterinärmedizin ausarbeiten.
263-2024 M	Ritter (Burgdorf, GLP) vom 03.12.2024 Schulsekretariate in den Lastenausgleich einbeziehen	11.09.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	Die Arbeiten zur Prüfung und Umsetzung der Anliegen wurden aufgenommen.
271-2024 P	Gerber (Schüpfen, Die Mitte) vom 04.12.2024 Teurer Unterhalt und aufwändige Umnutzung von Gebäuden mit Schutzstatus	10.09.2025 Punktweise beschlos- sen: Ziffer 1: Annahme Ziffer 2 Annahme Ziffer 4: Annahme	31.12.2027	Die Arbeiten zur Prüfung und Umsetzung der Anliegen wurden aufgenommen.
022-2025 M	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP) vom 03.03.2025 Differenzierte Anpassung des Gehalts von Lehrpersonen ohne Lehrdiplom	10.06.2025 Punktweise beschlos- sen Ziffer 3: Annahme als Postulat	31.12.2027	Mit den Pädagogischen Hochschulen wird die Möglichkeit geprüft, Ausbildungsmodule dezentral anzubieten.
025-2025 M	Kocher Hirt (Worben, SP) vom 03.03.2025 Kinder mit Sprachentwicklungsstörungen therapieren und den Spezialunterricht Logopädie umsetzen!	10.06.2025 Annahme	31.12.2027	Der gewünschte Bericht zur Logopädie in der Regelschule wird erarbeitet.
033-2025 P	Gerber (Reconvilier, EVP) vom 04.03.2025 Fördermöglichkeit der künstlerischen und musikalischen Bildung in der dualen Berufsbildung prüfen	27.11.2025 Annahme	31.12.2027	In Bearbeitung
067-2025 M	FiKo (Freudiger, Langenthal) vom 12.03.2025 BeLEARN – eine kantonale Finanzierung benötigt eine solide rechtliche Basis	26.11.2025 Annahme	31.12.2027	In Bearbeitung
095-2025 M	Zbinden (Mittelhäusern, SVP) vom 02.06.2025 Vermittlung von einheimischen Traditionen, Werten und kulturellem Erbe in der bernischen Volksschule stärken	10.09.2025 Annahme	31.12.2027	Es ist geplant, eine Auflistung der «Auserschulischen Lernorte» vorzunehmen und den Schulen zur Verfügung stellen. Dies sind häufig auch Lernorte, bei denen einheimische Traditionen, Werte und das kulturelle Erbe behandelt werden. Exemplarisch soll aufgezeigt werden, wie diese Themen noch vermehrt in den Unterricht einfließen können. Der in der Motion angesprochene Leitfaden «Religiöse Symbole» wird aktuell überarbeitet.
107-2025 M	Gasser (Ostermundigen, GLP) vom 02.06.2025 Erhöhung der Studienplätze im Medizinstudium: Massnahmen zur Stärkung der Fachrichtungen mit nachgewiesenem Fachkräftemangel	10.09.2025 Annahme	31.12.2027	Der Regierungsrat und die mit der Thematik betrauten Direktionen Bildungs- und Kulturdirektion (Hochschulbildung), Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (Ärztliche Weiterbildung, Gesundheitswesen) und Bau- und Verkehrsdirektion (Kantonale Bauten) sind dabei, zusammen mit der Universität Bern, dem Universitätsspital und der Universitäre Psychiatrische Dienste Bern (UPD) AG für mehrere Ausbauszenarien der Ausbildungskapazitäten in Medizin Schätzungen der Kosten (Investitionen und laufende Rechnungen) zu erarbeiten.
142-2025 M	Arn (Muri b. Bern, FDP) vom 10.06.2025 Ergänzende Förderung von Lesekompetenz und Medienmündigkeit im Kanton Bern	26.11.2025 Annahme	31.12.2027	In Bearbeitung
205-2025 M	Pauli (Nidau, FDP) vom 01.09.2025 Die Ecole cantonale de langue française (ECLF) soll ihr Angebot einer französischen Volksschule mit einer bilingualen Volksschule ergänzen.	26.11.2025 Annahme als Postulat	31.12.2027	In Bearbeitung
207-2025 M	Kohli (Wabern, Die Mitte) vom 01.09.2025 Übergangslösung des zweisprachigen Schulangebots im Raum Bern sicherstellen	26.11.2025 Annahme	31.12.2027	In Bearbeitung

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Geschäftsbericht 2020 der Pädagogischen Hochschule Bern (PH Bern)	08.09.2021	1	Abbau des negativen Eigenkapitals der PHBern, um die geplanten Aufwandüberschüsse und das finanzielle Risiko durch das aufgelaufene negative Eigenkapital für den Kanton Bern als Eigner zu reduzieren.	Die im Rahmen des Leistungsauftrags 2022-2025 an die PHBern vorgeordnete Erhöhung des Staatsbeitrags ab 2022 um 2 Mio. CHF reichte aufgrund des von der PHBern nicht beeinflussbaren Teuerungsschubs (Lohnmassnahmen) von 2023-2024 nicht aus, um Aufwandüberschüsse zu vermeiden und das (negative) Eigenkapital der PHBern zu stabilisieren. Daher beantragte der Regierungsrat im Budget 2026/Aufgaben- und Finanzplan 2027-2029 dem Grossen Rat Mittel zur schrittweisen Ausfinanzierung der bei der Entlassung der PHBern in die eigene Rechnung übertragenen negativen Eigenkapitalposition in der Leistungsauftragsperiode 2026-2029.	Erledigt.
Jahresbericht 2023 der Interparlamentarischen Kommission der Pädagogischen Hochschule der Kantone Bern, Jura und Neuenburg (HEP-BEJUNE)	02.09.2024	1	Der Kanton Bern setzt sich dafür ein, die Aufnahmebedingungen für Berufsmaturanden, analog den Bestimmungen des Gesetzes über die PH Bern, auch für die HEP-BEJUNE vorzusehen.	Das Anliegen wurde im Strategischen Regierungsausschuss der HEP-BEJUNE eingebracht. Die Partnerkantone Jura und Neuenburg sind zurzeit nicht bereit, das Anliegen zu prüfen. Sie wollen allfällige Entwicklungen bei den Zulassungsvorgaben für die Pädagogischen Hochschulen auf Bundesebene abwarten.	Erledigt.
2023.BKD.7477 Geschäftsbericht 2023 der Berner Fachhochschule (BFH)	10.09.2024	1	Die Kantonsbeiträge der Hochschulen sowie die Leistungsaufträge müssen die vom Kanton vorgegebenen Personalmassnahmen angemessen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist der Leistungsauftrag von den verantwortlichen Parteien so auszugestalten, dass über die betreffende Leistungsperiode kein strukturelles Defizit bei den Grundmitteln entsteht.	Die Anliegen wurden im Rahmen des Planungsprozesses für Budget und Aufgaben- und Finanzplan (AFP) geprüft. In den Anträgen des Regierungsrats für das Budget 2025 sowie für das Budget 2026 und AFP 2027-2029 wurden Anpassungen des jährlichen Kantonsbeitrags an die Berner Fachhochschule (BFH) berücksichtigt. In seinem Leistungsauftrag 2025-2028 an die BFH hat der Regierungsrat weitgehend auf ambitionierte Ausbauvorhaben verzichtet und den Fokus auf Konsolidierung gelegt.	Erledigt.
2024.BKD.817 Geschäftsbericht 2023 der Pädagogischen Hochschule Bern (PHBern)	10.09.2024	1	Die Kantonsbeiträge der Hochschulen sowie die Leistungsaufträge müssen die vom Kanton vorgegebenen Personalmassnahmen angemessen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist der Leistungsauftrag von den verantwortlichen Parteien so auszugestalten, dass über die betreffende Leistungsperiode kein strukturelles Defizit bei den Grundmitteln entsteht.	Die Anliegen wurden im Rahmen des Planungsprozesses für Budget und Aufgaben- und Finanzplan (AFP) geprüft. In den Anträgen des Regierungsrats für das Budget 2026 und AFP 2027-2029 sind Anpassungen des jährlichen Kantonsbeitrags an die PHBern berücksichtigt. In seinem Leistungsauftrag 2026-2029 an die PHBern hat der Regierungsrat weitgehend auf ambitionierte Ausbauvorhaben verzichtet und den Fokus auf Konsolidierung gelegt.	Erledigt.
2023.BKD.7761 Geschäftsbericht 2023 der Universität Bern	10.09.2024	1	Die Kantonsbeiträge der Hochschulen sowie die Leistungsaufträge müssen die vom Kanton vorgegebenen Personalmassnahmen angemessen berücksichtigen. In diesem Zusammenhang ist der Leistungsauftrag von den verantwortlichen Parteien so auszugestalten, dass über die betreffende Leistungsperiode kein strukturelles Defizit bei den Grundmitteln entsteht.	Die Anliegen wurden im Rahmen des Planungsprozesses für Budget und Aufgaben- und Finanzplan (AFP) geprüft. In den Anträgen des Regierungsrats für das Budget 2026 und AFP 2027-2029 sind Anpassungen des jährlichen Kantonsbeitrags an die Universität berücksichtigt. In seinem Leistungsauftrag 2026-2029 an die Universität hat der Regierungsrat weitgehend auf ambitionierte Ausbauvorhaben verzichtet und den Fokus auf Konsolidierung gelegt.	Erledigt.

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
2023.BVD.5327 Zollikofen, Hochschule für Agrar-, Forst- und Lebensmittelwissenschaften (HAFL), Einbau Labore, Verpflichtungskredit für die Projektierung und Ausschreibung	Sommer 2024	Die BKD legt dem Regierungsrat eine vervollständigte Entwicklungsstrategie BFH-HAFL zur Genehmigung vor. Die zuständigen Kommissionen (BiK und BaK) werden über die vervollständigte Entwicklungsstrategie BFH-HAFL informiert.	Die aktualisierte räumliche Entwicklungsstrategie BFL-HAFL wurde vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen und zur Information an die zuständigen Fachbereichskommissionen BiK und BaK übermittelt.	In Bearbeitung
2023.BVD.6133 Burgdorf Jlcoweg 1, Umbau TecLab, Verpflichtungskredit für die Projektierung	Sommer 2024	Die zuständige Direktion wird beauftragt, die Besuchenden- und Nutzendenzahlen nach Herkunft der Schulklassen in einem Monitoring festzuhalten und falls erforderlich, geeignete Massnahmen zur Steigerung des Zielerreichungsgrades zu ergreifen. Die zuständigen Kommissionen werden gegebenenfalls darüber informiert.	Die Erhebung der Nutzendenzahlen nach Herkunft der Schulklassen wurde in den bestehenden Monitoringprozess der Leistungen des TecLab aufgenommen. Die Zahlen werden nach Ende des Schuljahres 2025/2026 erstmals ausgewertet werden können.	In Bearbeitung
2024.BVD.578 Köniz, Kirchstrasse 62-78, Gymnasium Lebermatt, Sporthallenprovisorium (Nachnutzung Traglufthalle), Verpflichtungskredit für die Ausführung	Sommer 2024	Der Kredit wird mit der Auflage gesprochen, dass die Traglufthalle möglichst auch von Dritten, namentlich von Vereinen, genutzt werden kann.	Die Baubewilligung ist zwischenzeitlich in Rechtskraft erwachsen. Sobald klar ist, per wann das Sporthallenprovisorium fertiggestellt und den Nutzenden zur Verfügung gestellt werden kann, wird geklärt werden, inwieweit seitens der Vereine Bedarf besteht, dieses Provisorium zu nutzen und wie eine solche Nutzung (inkl. allfälliger Garderobennutzungen etc.) umgesetzt werden könnte.	In Bearbeitung
		Der Kredit wird mit der Auflage gesprochen, dass der RR der BaK und der BiK bis Ende Jahr aufzeigt, wie und wann das verbleibende Sporthallendefizit bei den Mittelschulen im Raum Bern beseitigt werden soll.	Es werden weiterhin gemeinsam vom Amt für Grundstücke und Gebäude und dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt Szenarien erarbeitet, wie sowohl der kurzfristige wie auch der langfristige Schulraumbedarf der Berufsfach- und Mittelschulen abgedeckt werden kann. Dabei steht die Schulraumplanung in engem Zusammenhang mit der Sporthallenplanung, weil sowohl der kurzfristige wie auch der langfristige Schulraumbedarf den obligatorischen Sportunterricht beinhalten. Eine erste Information über den Stand der Arbeiten zur Schulraum- und Sporthallenplanung ist im Frühling 2025 erfolgt. Gemäss Auftrag der Kommissionen BiK und BaK wird im Frühjahr 2026 wieder über den aktuellen Planungsstand für den Schulraum Sekundarstufe II inkl. Sporthallenplanung informiert werden.	In Bearbeitung
2024.BVD.2458 Bern, Universität Salvisbergbau Muesmattareal, Instandsetzung und Umbau. Verpflichtungskredit für die Projektierung	Frühling 2025	Die BaK und BiK sind bis Ende 2025 über den Stand des Konzepts zur Erfassung der Laborbelegung an der Universität Bern zu informieren. Dabei sind insbesondere aufzuzeigen: • Erkenntnisse aus den beschriebenen Ansätzen in Kapitel 3.3.2 «Messung der Laborauslastung» des Laborberichts • Zeitplan und Etappierung zur Umsetzung von Auslastungsmessung und Steuerung des Laborportfolios	Gestützt auf die im Laborbericht (Kapitel 3.3.2 «Messung der Laborauslastung») beschriebenen Ansätze und aufgrund von Erfahrungsaustauschen mit vergleichbaren Hochschulen bearbeitet die Universität Bern zurzeit ein Konzept zur Einführung einer Auslastungsmessung ihrer Laborflächen, als Teilprojekt ihres Projekts zur Raum-Auslastungsmessung, welches auch Teilprojekte für die Auslastungsmessung von Lehrräumen sowie von Büroarbeitsplätzen umfasst. Die Information der Kommissionen ist zurzeit für 2026 eingeplant.	In Bearbeitung
2024.BKD.6179 Zukunft Kunstmuseum Bern» - Sanierung und Ersatzneubau. Kantonsbeitrag an die Projektierung, Verpflichtungskredit 2026-2028	Herbst 2025	Abhängigkeiten zu den betroffenen städtebaulichen Projekten müssen als Risiko in der Projektplanung ausführlich beachtet und dokumentiert werden.	Gegen den Verpflichtungskredit wurde das Referendum ergriffen. Die Umsetzung der Auflagen wird in Angriff genommen, sobald der Beschluss rechtskräftig ist.	In Bearbeitung
		Es ist sicherzustellen, dass die «lernende Planung», sowie die Zusammenarbeit mit der Stadt Bern und den Betroffenen ohne Kostensteigerung beim Museum und für den Kanton umgesetzt wird.		
		Das Kunstmuseum liefert ein regelmässiges Reporting über gesicherte Finanzierungsbeiträge Dritter, die Einhaltung der geplanten Akquisen (gemäss Kap. 5.2 Vortrag), sowie alternative Drittmittelquellen, falls diese gefährdet sind.		
		Das Kunstmuseum trägt die Baurisiken selbst. Das Kostendach darf unter keinen Umständen überschritten werden. Mehrkosten		

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION (BKD)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
		sollen frühzeitig durch Projektanpassungen aufgefangen oder mit zusätzlichen Drittmitteln finanziert werden.		
		Die Teuerung sowie eine allfällige Erhöhung der MwSt. sind im Kostendach enthalten.		
		Dem Kredit wird zugestimmt unter der Bedingung, dass die Stadt Bern zusichert, dass die Hodlerstrasse in Fahrtrichtung Westen (Autobahnanschluss Neufeld) für den Individualverkehr durchgehend offen bleibt.		